

**VERTRAULICH**

B.P. NR. 1 / IR

La Paz, den 12. August 1992

Das letzte Mandatsjahr von Präsident Jaime Paz Zamora

In seinem Jahresbericht an das Parlament und die Nation vom 6. August 1992 (Nationalfeiertag und Beginn der neuen Legislaturperiode) schilderte Präsident Jaime Paz Zamora die Errungenschaften seiner Regierung des "Acuerdo Patriotico" (AP) und die Ziele für die verbleibende Amtszeit. Ein Schwerpunkt der fast zweistündigen Rede war seine Feststellung, dass die bolivianische Wirtschaft nun zu einer nie dagewesenen Stabilität gefunden habe. Die makroökonomische Lage des Landes hat sich dank seiner Wirtschaftspolitik und derjenigen seines Vorgängers unter einem straffen Stabilisierungskorsett des IMF in den vergangenen Jahren fundamental verbessert. Diesem ärmsten aller Länder Südamerikas wird allgemein wirtschaftliche Gesundheit attestiert, die für ausländische Investoren bald einmal verlockend wirken dürfte. Die Opposition macht allerdings sofort geltend, dass der Präsident die Lage zu optimistisch zeichne und die Fortschritte durch ungeheure Opfer eines grossen Teils der Bevölkerung erkauft wurden. Trotz mit internationaler Hilfe durchgeführter zahlreicher sozialer Programme, die direkt dem Präsidialamt unterstehen, stellt der Beobachter fest, was von der Kirche bestätigt wird, dass die Armut zunimmt. Selten hat man in La Paz und in den übrigen Städten Boliviens so viele fahrende Händler gesehen, die kein festes Auskommen haben. Die Reduktion der Arbeitslosenzahl auf 6% (laut Präsident) wird daher sehr angezweifelt. Die Gewerkschaften rechnen mit über 20% und objektive Kommentatoren stellen fest, dass man die Arbeitslosigkeit in einem stark unterentwickelten Lande nicht auf gleiche Weise wie z.B. in den USA statistisch erfassen könne. Es ist schwer zu sagen, ob die zunehmenden Schwierigkeiten weiter Bevölkerungsteile nur dem Uebergang zum liberalen Wirtschaftssystem anzulasten sind oder eine längerfristige Verarmung festzustellen ist. Wie der Präsident bemerkt, scheint eines festzustehen, nämlich dass der Uebergang zur freien Marktwirtschaft irreversibel sei, wer auch immer die nächsten Wahlen gewinnen werde. Verschwiegen wurde der starke Einbruch bei den Exporterlösen (Erdgas über -40%) und die defizitäre Handelsbilanz im 1. Semester sowie der erhebliche Rückgang der Produktion im Agrarsektor.

Was im Bericht erwähnt wird, aber unterstrichen werden muss, ist, dass die internationale Gemeinschaft Bolivien beträchtliche Hilfe zugehen lässt, die einen Teil der Entwicklungserfolge erklärt.

Fast mehr noch als auf die Fortschritte der Wirtschaftspolitik ist der Präsident stolz auf ein Programm zur Modernisierung des Staates, das - von einer Splittergruppe abgesehen - von allen Parteien am 9. Juli angenommen wurde und im Laufe der begonnenen Legislaturperiode mit einem festen Zeitplan verwirklicht werden soll. Neu ist, dass die Parteien, die in der Vergangenheit immer auf Konfrontation aus waren, sich unter Paz Zamora zusammenfinden konnten und durch Konsens entscheidende Weichenstellungen für die politische Stabilität des Landes erreichten, die die Regierungskoalition allein nur unter einem äussersten



Zerreibungsprozess hätte durchbringen können. Wie ein unabhängiges Editorial vermerkt, geht es bei der Erfolgsbilanz des Präsident nicht in erster Linie darum, ob seine umstrittenen statistischen Zahlen stimmen. Was seine Amtszeit auszeichnet, ist die Tatsache, dass er die wirtschaftliche Stabilisierungspolitik seines Vorgängers fortgesetzt hat und vor allem, dass er durch den Dialog mit allen Parteien und den Respekt aller Meinungen dem Lande zu einer politischen Kultur und Reife verholfen hat, die es kaum je kannte, und die Ausgangspunkt für eine weitere politische Stabilisierung und Modernisierung des Staates sein kann.

Aus dem Programm des 9. Juli sind beispielsweise zu erwähnen eine tiefgreifende Reform der Justiz, des Wahlsystems, des Erziehungswesens, ein Gesetz über die politischen Parteien (dürfte am schwierigste zu verwirklichen sein), ein Gesetz über die Industrialisierung des Coca-Blattes sowie der Auftrag an die Justiz, dass der unrühmliche seinerzeitige Diktator Luis Garcia Meza nun endlich abgeurteilt werde. Im Rahmen der Reform des Staatsapparates geht es vor allem darum, die Korruption zu bekämpfen, die z.B. den Zollapparat fast vollständig lahmlegt. (Kürzlich wurde die Schweizer Firma "Inspectorate" beauftragt, an den Grenzposten Kontrollfunktionen für Qualität und Preise zu übernehmen). Man versucht vor allem, für Schlüsselpositionen der Verwaltung eine Anzahl hochqualifizierter unbestechlicher Beamter einzustellen, die die Kontinuität bei Regierungswechsel wahren und der Korruption politischer Ämter Einhalt gebieten sollen. (Gemäss einer Umfrage bei der Bevölkerung sind 80% der Bolivianer der Meinung, Politiker streben ihre Ämter nur an, um sich zu bereichern). Ein Anfang wird z.B. im Landwirtschaftsministerium gemacht, wo sich die schweizerische Entwicklungshilfe am Programm beteiligt. Man erwartet, dass eine rigorose Selektion und eine im Verhältnis überdurchschnittliche Besoldung diese Ziele erreichen wird.


Am diplomatischen Empfang hat sich Paz Zamora mit seinem Allianz-Partner und früheren Todfeind Hugo Banzer gezeigt. Er hat mir zu Händen der Schweizer Regierung herzlich für unsere beispielhafte Hilfe gedankt. Die Neuwahl der beiden Kammern sowie des Präsidenten ist auf Anfang Juni 1993 angesetzt. Der amtierende Präsident kann nicht wiedergewählt werden. Der Ausgang der Wahlen ist im Moment vollkommen offen, nachdem die zwei Regierungsparteien MIR und ADN und insbesondere ihr Bündnis, der "Acuerdo patriótico" in Meinungsumfragen sehr schlecht abschnitten. Der MNR, die klassische Linkspartei (die heute allerdings ziemlich in der Mitte angesiedelt ist und das wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm unter Paz Estenssoro initiierte) ist auch nicht sehr viel populärer. In den Vordergrund getreten sind insbesondere die zwei populistischen Parteien, wovon die eine im rechten und die andere im linken/ethnischen Spektrum angesiedelt ist. Beide waren Gewinner der Dezember-Gemeindewahlen, deren Führer werden aber nicht als seriöse Anwärter auf das Präsidentenamt eingestuft. Sie könnten allenfalls als Königsmacher wirken. Das Ränkespiel nach den Wahlen, bei welchem durch geschickte Schachzüge nicht der Kandidat mit den meisten Stimmen, sondern derjenige, der die richtigen Allianzen (und seien sie noch so unheilig) eingeht, die Wahl gewinnt, führt zu einer gewissen Resignation der Stimmbürger. Z.B. hat Jaime Paz Zamora seinerzeit als Dritter abgeschlossen

und konnte sich dank seiner Allianz mit Hugo Banzer zum Präsidenten aufschwingen. Da Präsident JPZ beim nächsten Wahlgang nicht wiedergewählt werden kann, richtet er sein Augenmerk eher auf den übernächsten Wahlgang. Die Reform des Wahlwesens soll bewirken, dass der Präsident in Zukunft eindeutig durch den Volkswillen bestimmt wird. Ob sie rechtzeitig durchkommt, ist eine andere Frage.

Die nächsten Wahlen werden Prüfstein dafür sein, ob das bessere Einvernehmen unter den Parteien anhält, das wesentlich zu einem konstruktiven politischen Klima beitragen würde. Eine Gruppierung, die "Central Obrera Boliviana" (Dachorganisation der Gewerkschaften), hat offenbar die Zeichen der Zeit noch nicht ganz erkannt. Sie oder einzelne der ihr angeschlossenen Gewerkschaften stemmen sich oft unter irgendwelchen Vorwänden gegen fortschrittlichen Massnahmen der Regierung, insbesondere gegen Privatisierungen auch vollkommen defizitärer Staatsbetriebe oder beispielsweise die kürzlich durchgeführte Volkszählung, die kaum von politischer Brisanz sein konnte. Die COB muss als wohl gegenwärtig einzige schlagkräftige Opposition gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung ernst genommen werden, obwohl ihre Machtstellung schwindet.

Was die Aussenpolitik anbelangt, stellt der Präsident stolz fest, dass seine für bolivianische Verhältnisse zahlreichen Auslandsreisen und Kontakte auf höchster Ebene dem Lande den Respekt der Völkergemeinschaften eingebracht haben. Etwas verbittert tönt es aus dem AM, dem diplomatische Karrierepositionen immer mehr zu Gunsten politischer Ernennungen beider Regierungsparteien entzogen werden. Dem Präsidenten wird schliesslich angelastet, dass er verschwiegen habe, dass kürzlich etwa 140 Militärpersonen aus den USA in Bolivien eingereist sind, angeblich um zivile Arbeiten auszuführen. Die Gefahr besteht darin, dass die militärische Präsenz, die ausbaubar ist, zu einer von Bolivien unerwünschten Militarisierung der Bekämpfung des Drogenhandels führen könnte. Wie die Regierung festhält, bestehen mit den USA sehr freundschaftliche Beziehungen, allerdings mit einigen Problemen. Auch mit Europa seien die Beziehungen auf einem Höhepunkt.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.

  
Max Inhelder

Kopie (direkt): Frau Botschafter S. Pauli, Lima